

**„Der Kampf um die liberale Demokratie hat begonnen“<sup>1</sup> – Zur Rolle der Kulturellen Bildung bei der Subjektkonstitution in einer veränderten sozialen Welt**

Michael Wimmer, EDUCULT/ August 2016

Es erscheint in diesen Tagen mehr als ambitioniert, sich nochmals mit der Idee eines „starken Subjekts“ auseinander zu setzen. Wenn es sich die HerausgeberInnen der vorliegenden Veröffentlichung zur Aufgabe gemacht haben, interdisziplinär vorzugehen und sich an den Erkenntnissen unterschiedlicher Wissenschaftsdisziplinen abzuarbeiten, dann gehört dazu angesichts der aktuellen (gesellschafts-)politischen Entwicklungen die Einsicht in die grundlegende Infragestellung dessen, was man geneigt ist, mit dem Titel „starkes Subjekt“ zu versehen.

Das Bedürfnis, sich gerade jetzt noch einmal an die Rekonstruktion eines „starken Subjekts“ zu machen hängt wohl auch mit dem Umstand zusammen, dass sich die konzeptionellen Grundlagen kultureller Bildung auf einen ebensolchen Subjektbegriff beziehen, dieser aber heute dramatisch ins Wanken gerät und damit dem Fachbereich der Boden entzogen zu werden droht. Ihr diesbezügliches Ideal bezieht sich auf ein „cartesisches Subjekt“, das sich auf der Suche nach einem festen Ausgangspunkt als unteilbar, homogen und souverän erweisen soll. Bereits Sigmund Freud nahm eine beträchtliche „Dezentrierung“ vor, wenn er in seinen psychoanalytischen Studien die Existenz einer stabilen und einheitlichen Subjektivität infrage gestellt hat.<sup>2</sup> Noch einen Schritt weiter gingen die VertreterInnen des poststrukturalistischen Diskurses (unter ihnen Althusser, Foucault, Derrida und viele andere), die allesamt einen radikalen Bruch mit dem cartesianischen Subjekt vornehmen und jedwede Subjekthaftigkeit als prozesshaft, instabil, in sich widersprüchlich und sich auf immer wieder neue Weise konstituierend begreifen.<sup>3</sup> Und zuletzt sind wir mit Erkenntnissen der empirischen Kognitionswissenschaften konfrontiert, die die Behauptung eines Subjekts vollends anachronistisch wirken lassen, wenn mit den Errungenschaften der digitalen Revolution alle bisherigen Vorstellungen zur „Selbstkonstruktion“ in Gestalt eines konsistenten „Ich“, das sich eingebettet weiß in tragfähige kulturelle Umgebungen, in Frage gestellt werden. Folgt man den Gesellschaftsanalysen des Sozialphilosophen Thomas Metzinger<sup>4</sup>, dann befänden wir uns in einem „gigantischen Massenexperiment“, in dem universell agierende digitale Medienkonzerne versuchen würden, das, was früher „Ich“ genannt wurde, erfolgreich zu manipulieren und je nach kulturellem Kontext weitgehend unabhängig jeglicher Subjektivität unterschiedlich zu konfigurieren.

Die verschiedenen Phasen der Entwicklungsgeschichte des Subjektbegriffes anhand der Veränderungen der es umgebenden sozialen Welten können hier nur angedeutet werden. Ich gehe in diesem Beitrag von der These aus, dass für das Gros derer, die im Bereich der kulturellen Bildung tätig sind, die Begriffsgeschichte eines zunehmend in Frage gestellten „Subjekts“ weitgehend konsequenzlos vorbeigegangen ist. Sie orientieren sich ungebrochen an einem emphatischen

---

1 Aufmacher der Ausgabe von Die Zeit Nr. 33.

<sup>2</sup> Freud 1966

<sup>3</sup> Zur Geschichte des Subjektbegriffs siehe u.a. Lohmar 2004.

<sup>4</sup> Metzinger 2016.

Subjektverständnis, damit an der unverbrüchlichen Behauptung eines ganzheitlichen Subjekts, das sich seiner bewusst ist, das seine Interessen kennt und sich in die öffentlichen Angelegenheiten einmischt und so bereit und fähig ist, unser aller Zukunft mitzugestalten. Es ist damit aufs Engste verbunden mit der Idee des bürgerlicher Selbstkonstitution in der Erwartung auf „umfassende Persönlichkeitsentwicklung“, darüber hinaus der Mitwirkung an der Ausgestaltung einer liberalen Demokratie und nicht zuletzt mit der Überzeugung, die Beschäftigung mit Kunst und Kultur könnten für die individuelle und gesellschaftliche Weiterentwicklung einen wesentlichen Beitrag leisten.

Mit einem solchen Ideal der Subjekthaftigkeit ist der Anspruch verbunden, dass Subjekte nicht für sich und damit isoliert von ihrer Umgebung gedacht agieren. Dieser Gedanke findet sich auch bei Michel Foucault in Gestalt eines „subiectum“ (Das Zugrundeliegende)<sup>5</sup>, der darauf abzielt, die Beziehungen zwischen dem „Selbstsein“ und dem „Mit-anderen-Sein“ als ein Machtverhältnis zu beschreiben. Seiner Analyse folgend ist das Subjekt immer eingespannt in ein politisch vorgegebenes Verhältnis zwischen Individualität und Kollektivität, wenn dieses permanent von seiner Umgebung beeinflusst wird und umgekehrt diese beeinflusst.

Dieses Verhältnis lässt sich freilich je nach ideologischer Grundierung unterschiedlich gewichten und wirft so die Frage auf, ob sich das Subjekt nicht nur als ein interagierendes Individuum, sondern auch als ein Kollektiv denken lässt,<sup>6</sup> das in der aktuellen historischen Phase noch einmal den glaubhaften Anspruch zu erheben vermag, sich politisch zu artikulieren und damit, „Welt“ zu verändern?

### ***Eine kurze Geschichte der Subjektkonstitution in ihrem kultur-politischen Kontext***

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, möchte ich eine kurze historische Rückschau versuchen, die darauf abzielt, die (gesellschafts-)politischen Implikationen des sich wandelnden Subjektverständnisses deutlich zu machen und daraus Schlussfolgerungen für den Bereich der Kulturellen Bildung zu ziehen.

Das, was wir heute als Kulturelle Bildung bezeichnen, ist ein Kind der Moderne. Wie Mary Ann Stankiewicz ausführt, ist seine Einführung eng mit Marktwirtschaft und einem diese tragenden Mittelstand verbunden: „From a western point of view the history of arts education as a mass phenomenon in modern societies goes together with the development of market driven economies. British, European, and North American modes of art education developed with the rise of capitalism and emergence of a middle class“<sup>7</sup>.

Gerade in Österreich findet sich eine Reihe von Belegen für die Richtigkeit dieser Aussage, wenn sich der Aufbau der kulturellen Infrastruktur, um die das Land bis heute weltweit beneidet wird, wesentlich dem Aufkommen einer zu wirtschaftlichem Einfluss und Wohlstand gekommenen liberalen Bürgerschicht verdankt, die sich in den großen Kultureinrichtungen wiedererkennen wollte. Ihre spezifische kulturelle Bildung erfuhr sie in für sie reservierten Gymnasien, die sie mit der Entwicklung ihrer individuellen Fähigkeiten auf ihre bürgerliche Existenz in einem marktwirtschaftlichen Gefüge vorbereiten und darüber hinaus mit dem notwendigen Wissen ausstatten sollte, um am wirtschaftlichen ebenso wie am kulturellen Leben adäquat teilnehmen zu können. Diese sollte sich für die Ausbildung einer individuellen ebenso wie kollektiven Identität als

---

5 Foucault 1987.

6 Power 2015.

7 Stankiewicz 2007, S. 7.

umso wichtiger erweisen, als die ausgehende Monarchie eine politische Beteiligung dieses aufkommenden Mittelstandes ausschloss.

Dieses privilegierende Angebot an kultureller Bildung betraf freilich nur eine kleine Minderheit, während der überwiegende Teil der lohnabhängigen Bevölkerung davon ausgeschlossen blieb. Es blieb ihren politischen Vertretern vorbehalten, mit der Förderung eines Klassenbewusstseins auch eigene kulturelle Ausdrucksformen zu kreieren, die sich im schroffen Gegensatz zum bürgerlichen Kulturbetrieb verstand. Diese setzten vor allem auf kollektive, massenhafte Repräsentationen, um so das kollektive Gefühl der Stärke als Teil einer sich neu konstituierenden politischen Klasse zu stärken. Als Ausdruck einer „Gegenkultur“ wandte sie sich unmittelbar gegen die bourgeoisen Repräsentationsformen, die als Teil eines hegemonialen Systems zur Aufrechterhaltung einer gegen die Interessen der arbeitenden Menschen gerichteten bürgerlichen Herrschaft denunziert wurde. „Kultur“ wurde so zu einem Mittel in einem zunehmend unversöhnlichen Klassenkampf, der in der Folge in einen Bürgerkrieg und danach in die Nazi-Diktatur mündete.

Diese Vorgeschichte muss erzählt werden, um zu verstehen, warum sich eine 1970 zur alleinregierenden Kraft aufgestiegene Sozialdemokratie als politische Vertretung der arbeitenden Menschen dazu entschlossen hat, diesen Kulturkampf nicht nochmals in Gang zu setzen, sondern statt dessen ein umfassendes Reformprojekt der „Vermittelständigung“ in Gang zu setzen, das früher oder später alle Menschen zu Mitgliedern eines liberalen Bürgertums würde mutieren lassen. Die Regierenden – so die politische Botschaft – würden im Rahmen einer umfassenden Reformagenda dafür Sorge tragen, die Aufstiegschancen bislang Benachteiligter signifikant zu erhöhen, um so die überkommenen Klassenschranken zu überwinden.<sup>8</sup>

Als Leitfigur dieser Form der „Vermittelständigung“ galt der schon aus der Endphase der k. u. k. Monarchie bekannte Bildungsbürger, wobei ihm in dieser Phase nicht nur wirtschaftliche, sondern – im Unterschied zu den feudalen Verhältnissen zum Ausgang des 19. Jahrhunderts – nunmehr auch politische Mitbestimmungsrechte zukommen sollte. Ziel war es, im Zuge einer umfassenden Bildungsreform eine neue Generation mit kulturellem Kapital auszustatten, um so ihre Identität in der Mitte der Gesellschaft zu vertiefen. Der damals amtierende Bildungs- und Kunstminister Fred Sinowatz sprach von einer „Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik“, insbesondere als „Fortsetzung von Sozialpolitik“, um deutlich zu machen, dass die politischen Maßnahmen nicht nur auf eine Umverteilung materieller, sondern auch ideeller und damit kultureller Mittel hinauslaufen sollten. Dazu würde wesentlich kulturelle Bildung, zu dessen Implementierung ein eigener Kulturpolitischer Maßnahmenkatalog<sup>9</sup> kreiert wurde, beitragen. Ihre attraktiven Angebote sollten vor allem jungen Menschen den Zutritt zu Kunst und Kultur und damit in die Mitte der Gesellschaft erleichtern und sie mit dem dafür notwendigen Wissen bzw. Erfahrungen ausstatten.

Im Zentrum der politischen Reformkonzepte stand in der Tat die Idee von Gesellschaft als ein freiwilliger Zusammenschluss „starker Subjekte“, die die Mitte der Gesellschaft repräsentierten und für alle Mitglieder der Gesellschaft als handlungsleitende Referenzfiguren in Stellung gebracht wurden. Diesen Anspruch mit Inhalt zu versehen, wurde als zentrale Aufgabe der Kunst- und Kultureinrichtungen gesehen, deren Vermittlungsbemühungen darauf gerichtet waren, neben einer bürgerlichen Stammklientel zunehmend bislang abseits Stehende für die Sache der Kunst und Kultur

---

8 Vgl. Sinowatz 1983; Wimmer 2011.

9 Bundesministerium für Unterricht und Kunst 1976.

zu interessieren und daran die Hoffnung zu knüpfen, sie könnten damit ihr soziales und politisches Standing verbessern.

Die auf der Grundlage dieser Reformagenda konzipierten kulturpolitischen Maßnahmen waren eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch auf politische Teilhabe ebenso wie auf soziale Gerechtigkeit. Es galt insbesondere, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der arbeitenden Menschen zu verbessern und sie als willkommene Mitglieder eines von gemeinsamen Wertvorstellungen getragenen Mittelstandes zu nobilitieren.

Schon damals versuchten Teile des politischen Spektrums sich einem solchen kulturellen Integrationskurs zur umfassenden Durchsetzung mittelständischer Partialinteressen zu widersetzen. In Anlehnung an die oben erwähnten proletarischen kulturpolitischen Konzepte der Zwischenkriegszeit prangerten sie den ungebrochen hegemonialen Charakter des bourgeoisen Kulturbetriebes an und weigerten sich, die Reformagenda zu einer solchen umfassenden „Vermittelständigung“ der Gesellschaft mitzutragen<sup>10</sup>. Stattdessen setzten ihre ExponentInnen auf eine „eigene“ Kultur vor allem derer, die vom allgemeinen Aufstiegssog nicht erfasst waren. Im Zusammenwirken mit einer erstarkenden Jugendbewegung galt es, kritisches Bewusstsein mit kulturellen Mitteln zu stimulieren, um gegen die bestehenden sozialen Differenzen nachhaltig anzukämpfen. Den VertreterInnen einer solchen „Gegenkultur“ waren die traditionellen Kultureinrichtungen Ausdruck eines überkommenen Suprematieanspruchs, den es zu brechen galt. Entsprechend setzten sie sich für eine frühe Form der kulturellen Vielfalt ein, die ihre TrägerInnen in die Lage versetzen sollten, gegen die herrschenden ungerechten, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse anzukämpfen. Kunst und Leben sollten dabei eine neue Allianz eingehen, sodass sich Maßnahmen der kulturellen Bildung – die als missionarisch für die herrschenden Verhältnisse werbend denunziert wurden – weitgehend erübrigen würden.<sup>11</sup> Wenn heute ungebrochen 90 Prozent der staatlichen Mittel der Kulturförderung in Österreich an einige wenige etablierte Einrichtungen gehen, während freie Initiativen mit Brosamen abgespeist werden, lässt sich das Scheitern dieser Alternative unschwer ablesen.

Retrospektiv gesehen spricht vieles dafür, diese historische Phase als eine Hochzeit eines „starken Subjekts“ im Rahmen eines emanzipatorischen politischen Projektes am Ende der wirtschaftlichen Nachkriegseuphorie anzusehen. Es war eingebettet in ein politisches Konzept bürgerlicher Emanzipation, auch wenn Minderheiten schon damals einem solchen umfassenden integrativen Anspruch misstraut haben. (Sie bilden immerhin einen wichtigen Hinweis dafür, dass „Kultur“ per se keine integrative Wirkung entfaltet.) Ein derart politisch aufgeladenes Subjektverständnis wusste sich durchaus kompatibel mit einer marktwirtschaftlichen Dynamik, zumal zum damaligen Zeitpunkt der Primat des Politischen über das Ökonomische von keiner politischen Kraft ernsthaft in Zweifel gezogen wurde.

### ***Der Generalangriff auf das liberale Bürgertum***

40 Jahre später ist nicht nur der Begriff der „Emanzipation“ aus dem öffentlichen Wortschatz verschwunden, es haben sich – so meine These – die Verhältnisse grundlegend verändert. Das die letzten Jahrzehnte politisch bestimmende Mittelstandsprojekt befindet sich in einer tiefen Krise.

---

10 So sprachen sich damals selbst so prominente Stimmen wie Pierre Boulez mit der Losung „Schlachtet die heiligen Kühe“ dafür aus, den bestehenden Kulturbetrieb zu überwinden und stattdessen Formen der kulturellen Repräsentation zu entwickeln (vgl. Wimmer 2014).

11 Vgl. Raunig 2005; Bennett 2012.

Auch wenn die empirisch erhobenen Zahlen über den aktuellen Zustand der gesellschaftlichen Mitte auseinander gehen, so lässt sich die Verunsicherung in diesem Milieu deutlich festmachen. Jeder kämpft gegen jeden; dem Verlierer droht der soziale Abstieg; der bislang verlässliche Leistungsgedanke scheint weitgehend desavouiert und durch den Primat des Erfolgs<sup>12</sup> abgelöst. Seine Funktion als ein für alle verbindlicher Träger des Kulturbetriebs verblasst.<sup>13</sup>

Zu diesem tendenziellen Niedergang eines bislang hegemonialen Mittelstandes gehört auch, dass das politische Versprechen an sozial benachteiligte Gruppen, mit entsprechender Ambition und staatlicher Unterstützung den Aufstieg zu schaffen, an Glaubwürdigkeit eingebüßt hat. Immer weniger junge Menschen glauben an eine diesbezügliche, zunehmend inhaltsleere politische Rhetorik und richten sich – selbst wenn sie hoch und höchstqualifiziert sind – auf prekäre Lebensverhältnisse ein. Allein der Umstand, dass mehr als 30 Prozent der jungen Menschen in Österreich mittlerweile die Schule verlassen, ohne sinnstiftend lesen zu können, und dies nicht als einen existenziellen Verlust wahrnehmen, stellt die integrative Leitfigur des Bildungsbürgers in radikal in Frage.

Statt der Fortsetzung einer umfassenden Verbürgerlichung zeichnet sich eine wissenschaftlich kaum mehr beschreibbare Vervielfältigung der sozialen Milieus ab, deren ExponentInnen zum Teil ganz unterschiedliche Wertvorstellungen leben und sich darüber hinaus ganz unterschiedlicher kultureller Ausdrucksformen bedienen (ohne diese in der Regel noch als solche zu bezeichnen). In Abwendung von einem traditionellen Klassenbewusstsein, werden diese unterschiedlichen Milieus nicht mehr entlang der unterschiedlichen Stellung im Produktionsprozess verhandelt. Die Aufgabe der gesellschaftlichen Strukturierung haben weitgehend Marktforscher übernommen, die eine diesbezügliche Orientierung vor allem anhand unterschiedlicher Konsumtionsvorlieben anbieten (etwa in Form der Sigma-Studien). Demnach würden unterschiedliche Milieus scheinbar gleichberechtigt nebeneinander existieren, freilich ohne als anonyme KäuferInnen-Gruppen nochmals den Charakter von politischen Subjekten anzunehmen.

Hinter dieser Kehrtwendung von der Produktions- zur Konsumtionssicht der gesellschaftlichen Verhältnisse verbirgt sich freilich der Umstand wachsender sozialer Ungleichheit. Es ist dies ein unmittelbares Resultat wachsender Krisenhaftigkeit moderner Marktwirtschaften, ohne dass die negativen Auswirkungen nochmals eine überzeugende politische Antwort finden würden. Eine neue gesellschaftliche Grundstimmung bestimmt das Geschehen: Nicht mehr alle können in gleicher Weise am wachsenden Kuchen und so an der gesellschaftlichen Weiterentwicklung beteiligt werden. Die, die es nicht schaffen, müssen draußen bleiben. Offenbar wird eine strukturelle Schwäche des repräsentativen politischen Systems, das die Grundlage bilden wollte für Transformation von abhängigen „Massen“ in inklusive Kollektive „starker Subjekte“: Wir erleben den Zusammenbruch des reformerischen politischen Projekts der 1970er Jahre, das nicht mehr in der Lage ist, die Einheit von wohlfahrtstaatlich abgesicherter, liberaler, bürgerlicher Existenz (für alle) und marktwirtschaftlicher Prosperität zu gewährleisten.

Um die Konsequenzen des schleichenden Niedergangs der Profitrate in der aktuellen Phase des Kapitalismus<sup>14</sup> (und die damit zu erwartenden erneuten Verteilungskämpfe) zumindest hinauszuzögern, wurde zuletzt ein wahrer Hype um Bildung zur Individualität entfacht. Ein neuer

---

12 Vgl. Neckel 2008.

13 Vgl. Hartmann 2011.

14 Siehe dazu die Analysen von Streeck 2015.

Typus von Subjekt, das „Wirtschaftssubjekt“, sollte noch einmal für den überfälligen Aufschwung in neu zu entwickelnden Wirtschaftssektoren (Cultural and Creative Industries) sorgen.<sup>15</sup> Mit neuen Bildungsinhalten wie „Entrepreneurship“<sup>16</sup> meinten die politischen EntscheidungsträgerInnen, mit neuen Beschäftigungsformen die wachsenden Probleme am Arbeitsmarkt kompensieren zu können. Und so wurde nach dem Bildungsbürger nunmehr der „flexible Mensch“<sup>17</sup> zur neuen Leitfigur erklärt. Ausgestattet mit dem unbedingten Willen zum Erfolg sollten sich ihre VertreterInnen über ihre je spezifischen politischen und kulturellen Rahmenbedingungen erheben und ausschließlich ihre individuelle Selbstverwirklichung leben. Politische und kulturelle Teilhabe sind in diesem Konzept keine konstitutiven Elemente einer auf Souveränität abzielenden Subjektbildung mehr; stattdessen werden sie als überkommene Zwänge auf dem Schlachtfeld der Marktwirtschaft eher als hindernd in der unbedingten Durchsetzung der je eigenen Interessen erlebt und folglich in den Bereich der Unterhaltung verlegt.

Heute merken wir, dass diese Exaltation eines nur sich selbst verpflichteten Individualismus („homo oeconomicus“) als aktuelle Form der Pervertierung des „starken Subjekts“ die modernen westlichen Gesellschaften an den Rand des Kollapses gebracht haben. In ihrer Wirkung sind wir konfrontiert mit der Wiederauflage einer bereits überwunden geglaubten sozialen Ungleichheit verbunden mit Massenarbeitslosigkeit, der Herrschaft einer anonymen, weitgehend unkontrolliert transnational agierenden Wirtschaftsoligarchie („Die Märkte“), mit einer Entwertung des Politischen und einer damit verbundenen Perspektivlosigkeit eines Millionenheers an jungen Menschen, die nicht mehr wissen, was es heißt, dem Leben einen Sinn zu verleihen.

Das Aufkommen eines neuen Hegemons in Gestalt des „flexiblen Menschen“, der rücksichtslos seine Interessen vertritt, steht für eine kulturelle ebenso wie eine demokratiepolitische Ermüdung, die in der aktuellen Ausgestaltung der Europäischen Institutionen seinen verhängnisvollen Ausdruck findet. Ihr gegenwärtiger Zustand macht deutlich, dass sich die liberalen bürgerlichen Eliten mit post-demokratischen Verhältnissen abgefunden zu haben scheinen. Ihre WortführerInnen suggerieren den nationalen Bevölkerungen die weitgehende Alternativlosigkeit eines globalen ökonomischen Regimes, in dem es nichts mehr zu wählen und folglich auch nichts mehr mitzuentcheiden gibt. In den Analysen von Soziologen wie Colin Crouch haben intransparent agierende globale Wirtschafts- und Finanzgruppen das gesellschaftspolitische Heft in die Hand genommen; denen, die vor wenigen Jahren als nachstrebenswerte Leitfiguren vorgeführt wurden, bliebe die Funktion als willfährige Erfüllungsgehilfen.<sup>18</sup> Als solche beschränken sie sich in ihrem Handeln auf die Hoffnung, damit zumindest die eigene privilegierte Stellung erhalten zu können, auch wenn damit wachsende Teile der Gesellschaft um ihre politischen Ansprüche betrogen werden, um dann auch noch als vermeintlich politisch Desinteressierte stigmatisiert zu werden.

Dieser Befund findet ihre Entsprechung in der antidemokratischen Konstruktion der Europäischen Union, die der Entwicklung einer emanzipierten europäischen Bürgerschaft diametral

---

15 Kulturelle Bildungsprojekte wie „Creative Partnerships“ in England in der Zeit von New Labour stellten explizit den Anspruch, junge Menschen, für die sich keine beruflichen Chancen in den alten Kohle- und Stahlindustrien mehr boten, auf neue Formen der Beschäftigung im Bereich von Cultural and Creative Industries vorzubereiten.

16 Vgl. dazu die Acht Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, 2006 vom Europäischen Parlament verabschiedet.                    Abrufbar                    unter:                    <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=URISERV:c11090&from=DE> (letzter Zugriff: 15.08.2016).

17 Sennett 2006.

18 Vgl. Crouch 2008.

entgegensteht<sup>19</sup>, wohl auch ein Grund, warum sie eine Mehrheit der britischen Bevölkerung – zum Teil gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen – in der Hoffnung auf ein mehr an Souveränität für einen Austritt entschieden haben. Was wir mit dem „Brexit“ erlebt haben, ist der Verlust einer mehrheitsfähigen Hoffnung auf eine gemeinsame „bessere Gesellschaft“. Statt dessen hat sich ein wachsender Zorn auf eine liberale bürgerliche Elite Luft gemacht, der vorgeworfen wird, sich entgegen ihren politischen und kulturellen Ansprüchen darauf beschränkt zu haben, die eigenen Pfründe rücksichtslos zu sichern, ohne dazu bereit zu sein, den großen Rest der Gesellschaft daran zu beteiligen. So kann die mehrheitliche Entscheidung der Briten, aus der Europäischen Union auszuschneiden, auch als eine Antwort der vielen Desillusionierten auf die Vorherrschaft einer auf Macht- und Privilegien versessenen Elite gelesen werden, deren gesellschaftliches Engagement sich darin erschöpft, ein inhaltlich entleertes Versprechen auf Verbesserungen für alle vor sich herzutragen, was sie aber schon lange nicht mehr einzulösen gedenkt. Ihnen – so der Tenor der Kommentatoren – galt es, eine Absage zu erteilen. Fast könnte man sagen: Koste es, was es wolle.

### ***Das Elend einer Kulturpolitik, der das politische Projekt abhandengekommen ist***

Kulturpolitik hat bislang nur zögerlich auf die wachsende Delegitimierung eines auf Integration gerichteten Mittelstandes (dessen Aufkommen eng mit der Pflege einer homogenen nationalen Kultur verbunden war) mit Konzepten der kulturellen Vielfalt geantwortet. Ursprünglich aus der Diskussion zur globalen kulturellen Ungleichheit erwachsen, gewann eine diesbezügliche Programmatik zuletzt auch in den europäischen Gesellschaften an Bedeutung. Vorrangiges Ziel war und ist es, einer friedlich nebeneinander koexistierenden gesellschaftlichen Vielstimmigkeit und Vielgestaltigkeit Ausdruck zu geben. Weitgehend unreflektiert blieben bei der Durchsetzung dieser Ziele freilich die jüngsten sozio-demografischen Entwicklungen in Europa, wonach sich hinter diesem Anspruch einer auf gleichberechtigten Zugang setzenden kulturellen Vielfalt ein zunehmend unüberwindbarer Graben sozialer Ungleichheit auftut, in dem sich noch einmal die alte Fratze einer ein für alle Male überwunden geglaubten Klassengesellschaft zeigt.

Unter dem Eindruck einer den Realitäten zunehmend Hohn sprechenden Aufstiegsmythologie vermieden die kulturpolitischen EntscheidungsträgerInnen, Konzepte der kulturellen Vielfalt auf die unterschiedlichen sozialen Umstände, die die TrägerInnen eben dieser kulturellen Vielfalt charakterisieren, zurückzubeziehen, um sie so überhaupt erst in einen politischen Kontext stellen zu können. Diese sind nun – ebenso unvermittelt wie hilflos – mit einem wachsenden Gefühl des Ausschlusses aus dem politischen Geschehen vor allem bei sozial Schwachen konfrontiert, das mit ausschließlich kulturellen Mitteln nicht mehr kompensiert werden kann.

Stattdessen gelingt selbsternannten VertreterInnen eines vermeintlichen Anti-Establishments, die wachsende Verunsicherung der sozial Schwachen aufzugreifen und in Konzepte der kulturellen Rehomogenisierung zu fassen. Als zunehmend treibende kulturpolitische ExponentInnen im Rahmen zunehmend mehrheitsfähiger radikal rechter und auch linker Politik legen sie es darauf an, das Projekt liberaler Bürgerlichkeit samt seiner politischen Verfasstheit bei den frustrierten KrisenverliererInnen nachhaltig zu desavouieren. In ihrem Kampf gegen die als unfähig denunzierten Eliten ziehen sie gegen alles kulturell Andersartige zu Felde.<sup>20</sup> Verschärft durch die aktuellen

---

19 Vgl. Guérot 2016.

20 Dabei schrecken sie nicht vor der Wiederverwendung ehemals sehr erfolgreicher vergemeinschaftender Lösungen wie „Wir sind das Volk!“ zurück, die sich diesmal nicht gegen eine kommunistische Nomenklatura, sondern gegen das liberale Establishment samt ihrem „Multi-Kulti-Geschwätz“ richtet.

Migrations- und Flüchtlingsbewegungen in Europa setzen sie auf Renationalisierung, Abschottung und völkisch-kulturelle Reinheit, um auf diese Weise das Konzept der kulturellen Vielfalt noch einmal grundsätzlich in Frage zu stellen mit dem Ziel, eine gegen eine etablierte politische Führung gerichtete politische Massenbasis zu schaffen.

Und so ist es nicht verwunderlich, wenn Österreich mit den Angriffen der Identitären-Bewegung auf die Theateraufführung der Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek „die schutzbefohlenen“ mit geflüchteten Menschen einen Vorgeschmack auf eine Wiederauflage eines Kulturkampfes um politische Vorherrschaft erlebt, der alle bisherigen kulturpolitischen Selbstverständlichkeiten zur Disposition stellt.<sup>21</sup> Hier fühlen sich ganz offensichtlich abgehängte Teile der Gesellschaft vom Engagement liberaler VertreterInnen der Zivilgesellschaft zugunsten von Flüchtlingen in dem Maße provoziert, als sie vermuten, dieses Engagement richte sich unmittelbar gegen sie und bewirke eine weitere Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Als Deklassierte fühlen sie sich als Teil einer Gemeinschaft von „Abgehängten“; als solche sehen sie keine Chance mehr, mit Hilfe ihrer individuellen Ausstattung ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Sie setzen stattdessen auf einen neuen Kollektivismus, der zunehmend Züge eines autoritären Kommunitarismus annimmt, im Rahmen dessen die Verteidigung demokratischer Errungenschaften keine Qualität mehr darstellt. Kein Wunder, wenn das Konzept der „illiberalen Demokratie“ drauf und dran ist, für eine Mehrheit der Menschen in Europa eine attraktive Alternative zu den bestehenden Verhältnissen zu werden. Ihre VertreterInnen zumindest in Polen und Ungarn können mittlerweile auf eine Grundstimmung von nationalen Mehrheiten bauen, wonach es schlechter als die EU-politisch verordnete Alternativlosigkeit nicht werden könne.

Konstitutiv für diesen Herrschaftsanspruch ist eine wenig erfreuliche Neudefinition des „starken Subjekts“, das sich diesmal in Gestalt einer starken Führerschaft zeigen soll. Ihre vorrangige Funktion besteht darin, glaubwürdige Versprechen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse abzugeben und bei der Gelegenheit herzeigbare Schuldige – wahlweise das liberale Establishment, darüber hinaus die Flüchtlinge, die Ausländer oder andere leicht diskriminierbare Gruppen – an der aktuellen Misere zu benennen. Ihre Gefolgschaft verspricht im Gegenzug, sich ihrer Subjekthaftigkeit zu begeben und in unbedingte Anhängerschaft aufzugehen.

### ***Resümee – Was die aktuelle Entwicklung für den Fachbereich Kulturelle Bildung bedeuten könnte***

Diese bisherigen Überlegungen wollten deutlich machen, dass sich gesellschaftspolitische Grundlagen Kultureller Bildung mit ihrer Leitfigur des „starken Subjektes“ nachhaltig verändert haben. Angesichts der Radikalität der Veränderungen läuft meine Vermutung darauf hinaus, das ein Weiter-so-wie-bisher bzw. die Forderung nach einem „Mehr-vom-selben“ schnurstracks in die Bedeutungslosigkeit führt.

So wird der Fachzusammenhang nolens volens antizipieren müssen, dass heute ihr politischer Begründungszusammenhang zur Aufrechterhaltung einer liberal-bürgerlichen Leitfigur weitgehend verloren gegangen ist; mehr, dass diese Leitfigur bei immer mehr Menschen unter zunehmendem Verdacht steht, ihre eigenen Lebensgrundlagen zu untergraben.<sup>22</sup> Das aber könnte bedeuten, dass

---

21 Siehe dazu: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-04/identitaere-bewegung-wien-theater-elfriede-jelinek-die-schutzbefohlenen> (letzter Zugriff: 15.08.2016).

22 Als gutes Beispiel eignet sich das Anzünden der Bibliothek von Clamart, einem Vorort von Paris durch zornige Jugendliche, die auf diese Weise deutlich machen wollten, dass sie keine Kultur-, sondern



das kulturelle Bildungsangebot bei eben diesen Gruppen als unmittelbar gegen sie gerichtet empfunden und dementsprechend abgelehnt wird.

Damit unmittelbar in Zusammenhang steht der Umstand, dass die wesentlichen Akteure kultureller Bildung selbst eine mittelständische Sozialisation erfahren haben (und damit verbundene Wertvorstellungen zumeist unbewusst vor sich hertragen). Als typische VertreterInnen einer zu Ende gehenden historischen Phase fällt es ihnen oft schwer, ein vertrauensvolles Verhältnis gerade mit denjenigen Gruppen einzugehen, die auf Grund ihrer unbefriedigenden Lebensverhältnisse<sup>23</sup> nur zu bereit sind, sich einer neuen Generation „starker Subjekte“ anzuschließen. Gefragt ist hier ebenso eine neue Qualität an Neugierde und Empathie bei der Wahrnehmung bislang fremder (Über-)Lebensstrategien bei den Akteuren wie die Bereitschaft, VertreterInnen eben dieser Gruppen als Role Models zu integrieren.

Angesichts der wachsenden Infragestellung demokratischer Errungenschaften scheinen mir überkommene Trennungen unterschiedlicher Fachbereiche der politischen und kulturellen Bildung anachronistisch. Keines der beiden Angebote für sich trägt noch einmal die Chance in sich, zur Rekonstruktion eines „starken Subjekts“ im ursprünglichen Sinn beizutragen. Eine kulturelle Bildung, die in diesen Tagen keine politische Haltung mit sich trägt, ist keine.

Bei aller Selbstbeschränkung kann dieser Beitrag nicht auf einen Hinweis zur überragenden Bedeutung der „digitalen Revolution“ für die weitere gesellschaftspolitische Entwicklung und damit auch für den Fachbereich Kulturelle Bildung verzichten. In dem Maße, in dem diese alle unseren bisherigen Vorstellungen von Subjekthaftigkeit in Frage stellt, zeigen sich zurzeit noch eklatante Mängel in einer Grundlagenforschung, die darauf Antworten geben könnten, wie sich das Verhältnis von Mensch und seinen zunehmend ununterscheidbaren realen und virtuellen Umgebungen gestalten wird. Sie nährt damit den Zweifel, ob diesen neuen Lebensrealitäten, die bereits jetzt die kulturelle Kompetenzentwicklung vor allem der jüngeren Generationen nachhaltig bestimmen, überhaupt noch ein kultureller Bildungsbezug abzuringen ist.

Mir bleibt zum Schluss ein bescheidener Hinweis, den ich bei einem der maßgeblichen Kritiker des „flexiblen Menschen“, Richard Sennett, gefunden habe. Dieser amerikanische Soziologe ist selbst als Kind einer alleinerziehenden Sozialarbeiterin in einem Armenviertel Chicagos aufgewachsen und beschäftigt sich seit Jahren mit einem „Homo-Faber-Projekt“, das sich den Grundlagen des Zusammenhaltes unter Menschen widmet. Er hat zuletzt ein Buch mit dem englischen Titel „Togetherness“<sup>24</sup> herausgebracht. Es geht darin um Zusammensein, Zusammenhalt und Zusammenarbeiten in einer Zeit von wachsendem Wettbewerb und daraus resultierenden Brüchen und Verwerfungen und führt uns in jene Konfliktzonen, in denen Menschen auseinanderdriften oder aufeinander knallen.

---

Überlebensangebote brauchen. Siehe dazu den Blogbeitrag „Der Kulturbetrieb brennt!“ unter <http://educult.at/blog/der-kulturbetrieb-brennt/> (letzter Zugriff: 15.08.2016).

23 Dazu werden sie oft unbedacht als Mitglieder sogenannter „bildungsferner Schichten“ desavouiert, ihnen als solche, zumeist mittelstandsrelevante Fähigkeiten und Fertigkeiten abgesprochen und andere erst gar nicht erkannt. Dass angesichts einer zumindest neunjährigen Schulpflicht von „Bildungsferne“ im wörtlichen Sinn gar nicht gesprochen werden kann, sei hier nur am Rande erwähnt.

24 Sennett 2012.

Ich will das Ergebnis der Lektüre den LeserInnen nicht vorwegnehmen. Aber anhand der unterschiedlichen Situationsbeschreibungen ist mir ein Begriff wieder in den Sinn gekommen, der wie „Emanzipation“ aus unserem Sprachhaushalt verwunden ist: „Solidarität“.

Ja, es stimmt: Wir stecken in einer ziemlich tiefen wirtschaftlichen, politischen und damit auch kulturellen Krise. Als Mitwirkende an der bisherigen Entwicklung haben wir es zugelassen, dass es so weit kommen konnte. Und jetzt haben wir keine überzeugende Lösung. Und immer mehr Menschen, wovon sich viele nach einfachen Lösungen sehnen, offensichtlich auch nicht.

Was uns aber (noch) bleibt, ist das Wissen um die Unauslotbarkeit des Lebendigen. Alle wesentlichen gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre, die guten ebenso wie die schlechten, hat kaum jemand vorhergesehen. Das ist zumindest ein gutes Argument dafür, sich die schiere Lust an einem Leben mit offenem Ausgang nicht nehmen zu lassen; einem Leben, das immer neue existentielle Experimentierräume bereithält und jeden einzelnen von uns – und darüber hinaus uns alle – immer wieder ganz woanders hinführt, als wir es erwartet und gewollt haben.

Nicht die einseitige Vermittlung von etwas, das wir selbst als wichtig erfahren haben (und uns dennoch in die aktuelle Bredouille gebracht hat), sondern „Zweifel über das Bisherige“, „Neugierde“, „Empathie“ und darüber hinaus „Zusammenarbeit“ und „Solidarität“ mit denen, die wir (noch) nicht kennen und sich mit uns auf unsicherem Gelände bewegen, könnte dafür die Richtschnur nicht nur im Bereich der Kulturellen Bildung sein.

Die Entdeckung eines neuen, eines kooperativen und gerade dadurch „starken Subjekts“ in seinem ursprünglichen Sinn könnte der Lohn dafür sein.

### **Literaturverzeichnis**

Bennett, Jennifer (2012): Die Avantgarde und ihre Forderung der Verschränkung von Kunst und Leben. Diplomarbeit. O. O.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst (1976): Kulturpolitischer Maßnahmenkatalog. Erste Ansätze für eine Verbesserung des Kulturverhaltens. Wien.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1987): Sexualität und Wahrheit. Erster Band. Der Wille zum Wissen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Freud, Sigmund (1966): Eine Schwierigkeit der Psychoanalyse. In: S.F. Gesammelte Werke. Bd. 12: Werke aus den Jahren 1917-1920. Hrsg. von Anna Freud u.a., 3. Aufl., Frankfurt a. M.: S. Fischer, S. 3 - 12.

Guérot, Ulrike (2016): Warum Europa eine Republik werden muss! Bonn: Dietz.

Hartmann, Michael (2011): „Wodurch gehört man ‚dazu‘? Beobachtungen zur Kultur der deutschen Wirtschaftselite“. In: Ermert, Karl (Hg.): Kultur für alle oder Produktion der „feinen Unterschiede“ – Wozu kulturelle Bildung dient. Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel.

Lohmar, Achim (2004): Subjekt als Prinzip? Zur Problemgeschichte und Systematik eines neuzeitlichen Paradigmas. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Neckel, Sieghard (2008): Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.

Nina Power: Das kollektive politische Subjekt. Aufsätze zur kritischen Philosophie.

Raunig, Gerald (2005): Kunst und Revolution. Wien: Turia + Kant.

Ricken, Norbert/Rieder-Ladich, Markus (Hg.) (2004): Michel Foucault Pädagogische Lektüren. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Sennett, Richard (2006): Der flexible Mensch. Die neue Kultur des Kapitalismus. London: Bloomsbury.

Sennett, Richard (2012): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaften zusammenhält. Berlin: Hanser.

Sinowatz, Fred (1983): „Kulturpolitik – die Fortsetzung der Sozialpolitik“. In: Hilmar Hoffmann (Hg.): Kultur-Zerstörung? Königstein: Athenäum, S. 166-180.

Stankiewicz, M. A. (2007): „Capitalizing art education. Mapping international histories“. In: Bresler, Liora: International Handbook of research in arts education. Dordrecht, S. 7 - 30

Streeck, Wolfgang (2015): „Das Ende des Kapitalismus? I und II“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2015, S. 99 - 111; 4/2015, S. 109 - 120.

Wimmer, Michael (2011): Kultur und Demokratie. Innsbruck Wien: Studienverlag.